

Blick auf Washington

Statement

Präsident Obamas zweite Amtszeit: viele Baustellen und Herausforderungen

Das Thema TK-Regulierung spielte während des diesjährigen Wahlkampfes keine große Rolle. Die Obama-Administration ist gleichwohl bestrebt, neuen Wettbewerbern den Eintritt in den TK-Markt zum Teil auch gegen den Widerstand der etablierten Marktteilnehmer zu ermöglichen. Auch die Inhalteanbieter („Hollywood“) und der öffentliche Rundfunk werden vom Weißen Haus weiter unterstützt.

Was die Inhalteanbieter angeht, wird die Obama-Administration das Thema „unerlaubte Downloads“ angehen. Vermutlich wird der vor fast einem Jahr am Widerstand der User und Netzanbieter gescheiterte Stop Online Piracy Act (SOPA) bald wieder im Kongress behandelt werden. Im Bereich der Online Privacy gibt es bereits eine „Consumer Privacy Bill of Rights“ vom Februar. Ob diese Initiative des Weißen Hauses in ein Gesetz mündet, ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus fraglich. Die Einführung eines bindenden „Do-Not-Track-Mechanism“ für gezielte Online-Werbung liegt ebenfalls dort „auf Halde“. Ein dem deutschen BDSG vergleichbares Bundesgesetz erwartet kaum einer. Eher wahrscheinlich sind spezifische Gesetze und andere Maßnahmen (Executive Orders) zum Schutze der Infrastruktur. Ob diese Gesetze umfangreiche Mitteilungs- und Kooperationspflichten für Unternehmen enthalten werden, die eventuell mit dem Datenschutz in Konflikt geraten, wird sich zeigen.

Was die TK-Regulierung der Federal Communications Commission (FCC) betrifft, könnte es bald personelle Änderungen geben. Der gegenwärtige Vorsitzende der FCC, Genachowski, könnte schon kurz nach der Vereidigung des Präsidenten zurücktreten. Der Nominierungsprozess wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Priorität bei der FCC genießt nach

wie vor der Breitbandausbau. Angesichts der geographischen Struktur ist der Breitbandausbau in ländlichen Gebieten sehr teuer. Deshalb will die FCC den Breitbandausbau dort mithilfe so genannter Reverse Auctions vorantreiben – ein negatives Bieterverfahren, bei dem das günstigste Angebot den Zuschlag für Subventionen erhält. Weiterhin wird die FCC die Reform des Universaldienstes (USF) und der so genannten Intercarrier Compensation (Bill and Keep) verstärkt fortführen. Den TAL-Zugang möchten zahlreiche Wettbewerber auch in Zukunft sichern und streben deshalb ein neues FCC-Verfahren an – unter anderem zum Schutz bei einem Überbau mit Glasfaser.

Eine weitere Herausforderung stellt auch in den USA die effiziente Verteilung der Frequenzressourcen dar. Das politische Ziel der Obama-Administration ist es, bis 2020 rund 500 MHz an Spektrum insbesondere für drahtlose Breitbanddienste zur Verfügung zu stellen. Der öffentliche Sektor soll exklusives Spektrum zur Mitnutzung (Public/Private Spectrum Sharing) freigeben. Das US-Verteidigungsministerium, der wohl mit Abstand größte Halter von Spektrum, hat sich grundsätzlich dazu bereit erklärt, Frequenzen zur kommerziellen Nutzung mittels Spectrum Sharing bereitzustellen.

Eine weitere Baustelle: Die FCC will die Rundfunkanbieter mithilfe von Anreiz-Auktionsverfahren (Incentive Auctions) zur Abgabe von nicht verwendeten TV-Bändern für die mobile Breitband-Nutzung bewegen, um so die gestiegene Nachfrage (Smartphones, Tablets etc.) zu bedienen.



Dr. Axel Spies

Bingham McCutchen LLP,
VATM-„Washington Office“

Dr. Axel Spies, deutscher Rechtsanwalt in Washington DC, betreut seit über 10 Jahren das „Washington Office“ des VATM. Dr. Spies gehört zur Telecommunications Group der internationalen Kanzlei Bingham McCutchen LLP mit zahlreichen Büros in den USA, Asien, Frankfurt und London. Vor seiner Tätigkeit in Washington DC arbeitete Dr. Spies mehrere Jahre in der Holding der VEBA AG (jetzt E.ON) sowie in Indien und Moskau. Er hält für den Verband engen Kontakt mit der Federal Communications Commission (FCC), dem State Department, der VATM-Schwesterorganisation CompTel, dem Department of Commerce, dem US Trade Representative (USTR), der Deutschen Botschaft und der US-Presse.

